|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Nº Wm69  |   | **Bericht 69****Eindrücke aus Koloumbien*****Wilhelm Mindler,*** **Bogotà, am 1/5/2020**wmindler@gmail.com |

Vor ein paar Monaten war ich zu einer Promotion in einer renommierten Universität eingeladen. Und ich war überrascht und tief beeindruckt wie die Festredner, Autoritäten, Professoren- und Studentenvertreter, alle den Akzent auf dasselbe Thema setzten: den Kampf gegen die Korruption. Und wer hier Wahlen gewinnen will muss ebenfalls versprechen, sich gegen die Korruption einzusetzen. Das tun somit alle, auch die korruptesten Kandidaten.

Die Korruption ist in Kolumbien endemisch, gehört zum polítischen *modus vivendi*. Aber Vorsicht, man kann sie mit der derzeitigen Situation in Venezuela nicht vergleichen. Was derzeit in Venezuela geschieht ist eine totale Plünderung des Staatsbesitzes, die neben anderenMissständen zum Kollaps auf allen Ebenen geführt hat mit bitteren Folgen für die leidende Bevölkerung. In Venezuela bewegt sich alles in einer anderen Dimension.

Kolumbien ist politisch und wirtschaftlich stabil, und macht in manchen Bereichen auch beachtliche Fortschritte.

****Die Wirtschaft ist stabil, Geld regiert auch hier die Welt, somit wird Kolumbien im Ausland auch als interessantes Land für Investitionen gepriesen. Und das Handelsabkommen mit den USA brachte weitere Vorteile für Investoren gegenüber nationalen Interessen. Vor allem im Agrarsektor haben die heimischen Campesinos das Nachsehen.

**Topografie und Biodiversität**

Kolumbien ist reich an Kontrasten, besitzt tropische Küsten am Pazifik und in der Karibik, kalte Andenketten mit tropischen Tälern, und ausgedehnte Urwälder die bis nach Leticia am Amazonas reichen. In Kolumbien findet man zwischen 45.000 und 55.000 verschiedene Pflanzenarten, davon allein 3500 verschiedene [Orchideen](https://de.wikipedia.org/wiki/Orchidee), sowie eine reiche Fauna und viele archäologische Fundstätten aus indianischen Hochkulturen. Touristen finden Attraktionen für jeden Geschmack und können sich das Klima nach Belieben aussuchen.

Zwischen drei hohen Andenketten, die sich parallel zur Küste erstrecken, fließen in tiefen Tälern der 1560 km lange Magdalena und der Cauca. Diese Flüsse durchqueren somit ganz Kolumbien, weit aus dem Süden bis nach Barranquilla am Atlantik. Vom kalten Klima in Bogotá auf 2600m Seehöhe kommt man schnell ins tropische Girardot am Magdalena. Es gibt ausgezeichnete Mautautobahnen.

Bogotá liegt auf einer ausgedehnten Hochebene und hat ohne Vorstädte so viele Einwohner wie ganz Österreich.

Die ärmsten und vernachlässigsten Zonen sind Chocó am Pazifik, wohin einst schwarze Sklaven flüchteten, und die Guajira imNordosten, mit indigener Bevölkerung.

Über die Geschichte von Kolumbien kann man in Wikipedia auf Deutsch nachlesen. Hier ein paar Splitter:

Bereits kurz nach der Unabhängigkeit von Spanien, Mitte des 19. Jahrhunderts, entbrannte der Konflikt zwischen zentralistischen Konservativen und föderalistischen Liberalen. Derzeit ist Kolumbien ein zentralistischer Staat mit 25 Departamentos, Gobernadores in den Departamentos und Bürgermeister werden aber unabhängig gewählt. Die Großgemeinde Bogotá hat ein eigenes Statut mit dem Bürgermeister anstatt eines Gobernadors.

Die Ermordung des linkspopulistischen beliebten und vielversprechenden Präsidentschaftskandidaten [Jorge Eliécer Gaitán](https://de.wikipedia.org/wiki/Jorge_Eli%C3%A9cer_Gait%C3%A1n) am 9. April 1948 in Bogotá war der Funke im Pulverfass und bis heute reißen die andauernden [bewaffneten politischen Konflikt](https://de.wikipedia.org/wiki/Bewaffneter_Konflikt_in_Kolumbien)e nicht ab.

Das heutige stabile, wenn auch von Korruption durchsetzte System geht wohl bis auf diese Zeit zurück.

In Kolumbien besteht seit Jahrzehnten eine Art politischer Oligarchie, aus der immer wieder hohe Funktionäre rekrutiert werden. Darüber kann man kaum irgendwo etwas lesen, aber alle Leute wissen es, und allzu viele Familiennamen wiederholen sich seit Generationen auf höchster Ebene. Der Exklusivismus, bei dem das Volk von den Entscheidungen ausgeschlossen wurde, war ein Motiv für die Entstehung der Guerillas.

Ein eliteninterner Pakt zwischen den Führern der Konservativen und der Liberalen hatte ein paritätisches Regierungssystem zur Folge, bei dem sich beide Traditionsparteien im Wechsel von vier Jahren an der Macht ablösten; dabei wurden sämtliche Ämter in der Staatsverwaltung ebenfalls paritätisch nach Parteizugehörigkeit besetzt. Das System, das formal bis 1974 bestand, barg natürlich den Kein für die Korruption.

Als Raúl Reyes, Anführer der südlichen Einheit der FARC-Guerilla, im März 2008 von kolumbianischen Truppen in Ecuador ermordet wurde, las ich über seinen Lebenslauf: schon seine liberalen Eltern wurden vertrieben und mussten anderswohin übersiedeln. Als er in späteren Jahren als Gewerkschaftler bedroht wurde und etliche seiner Kollegen ermordet worden waren sah er 1980 keine andere Alternative als sich der FARC Guerilla anzuschließen. Zweimal nahm er bei Verhandlungen eines Friedensprozesses teil, die aber zu nichts führten. Unter anderem, weil die Guerilleros um ihr Leben fürchten mussten, eine Situation die sich derzeit dramatisch mit den befriedeten FARC Guerilleros wiederholt.

Die Guerilla M-19 wurde gegründet als Reaktion auf die Intrigen und den Schwindel bei der Präsidentenwahl am 19.April 1970. Zwanzig Jahre später wurde sie in eine politische Bewegung umgewandelt, aus der etliche respektable Politiker und Universitätsprofessoren hervorgingen. Das nur als Beispiel dazu, wie fließend die Grenzen sein können.

Die wichtigsten Akteure in dieser gewaltsamen Auseinandersetzung waren auf Seite der Rebellen von da an die FARC-Guerilla mit einer straffen Führung, und die ELN, mit eher unabhängigen Gruppen.

Unter dem Präsidenten Julio César Turbay wurden im Jahre 1978 die ersten “Autodefensas”, die Selbstverteidigungsgruppen, gegründet. Bereits als sie im Dienst von Großgrundbesitzern agierten wurden sie durch ihre Grausamkeit bekannt. Nach vielen dramatischen Wendungen bildeten sie 1997 in die AUC (Autodefensas Unidas de Colombia), die sich unter Führung des berüchtigten Kommandanten Vicente Castaño bald in unabhängige, national organisierte Paramilitärs verwandelten. Diese ermordeten Hunderttausende von schutzlosen Campesinos, als angebliche Kollaborateure der Guerillas. Die Leichen wurden oft zerstückelt. Campesinos standen zwischen zwei Fronten unter ständiger Todesdrohung, und wer gerade ihr Dorf eroberte beschuldigte sie, Kollaborateure der Gegenseite zu sein. Viele Campesinos flohen in die Städte, was weltweit zur größten internen Migration führte. Zufriedene und bescheiden lebende friedliche Leute wurden so ins Elend gestürzt.

Nach längeren Verhandlungen wurde im Jahre 2005 im Kongress das Gesetz “Ley de Justicia y Paz” beschlossen, das die Demobilisierung der Paramilitärs vorsah. Dem damaligen Präsidenten Álvaro Uribe werden Sympathien für die Paramilitärs nachgesagt, auf der Hacienda seines Bruders hatten diese sogar ein Trainingslager (was dieser natürlich vor der Justiz leugnet). In der Praxis bedeutete dieses Gesetz Straffreiheit für jene die sich dafür entschieden abzurüsten, aber Banden der Paramilitärs bestehen weiterhin bis heute, allerdings nicht mehr unter zentraler Führung. Berühmt sind etwa die “Águilas Negras”. Der Vater von Uribe wurde von Guerilleros ermordet, und für ihn sind Guerilleros kriminelle Banden die man ausrotten muss, während er die Paramilitärs mit viel Verständnis behaldelt. Der Demobilisierungsprozess löste eine Kontroverse über die Straffreiheit von Personen aus, die schwere Verbrechen begangen haben. Drogenhändler, die eine Auslieferung an die USA umgehen wollen, gaben sich offiziell als ehemalige Paramilitärs aus und gelangten so ebenfalls in den Genuss der Amnestie.

Uribe war Bürgermeister von Medellín, der zweitgrößten Stadt von Kolumbien, dann von 1995 bis 1997 Gobernador von Antioquia. Als er im Jahre 2002 als Präsident von Kolumbien gewählt wurde war die Unsicherheit am Höhepunkt. Uribe kämpfte mit eiserner Faust gegen Terrorismus und Drogenhandel. Während seiner Präsidentschaft reduzierte er die Entführungen von 2282 jährlich auf 213 und die Mordzahl von 29000 auf 16000. Bei seiner “Befriedung” nahm er keinerlei Rücksicht auf die Menschenrechte. Während der ersten 6 Jahre seiner Präsidentschaft gab es 1122 willkürliche Erschießungen durch staatliche Sicherheitskräfte.

Als Uribe an die Macht kam bestand auf allen wichtigen Überlandstraßen das Risiko, von Guerilleros überfallen zu werden. Uribe organisierte mit großem Erfolg militärisch bewachte Karawanen, mit denen man sicher von einer Stadt zur anderen fahren konnte. Heutzutage kann man sicher reisen.

ARBEITSRECHT

*In Venezuela war ich mit unserer Gewerkschaft gut über das Thema informiert, zur Situation in Kolumbien kann ich nur einige oberflächliche Eindrücke wiedergeben.*

Unter dem Großgrundbesitzer Uribe als Präsident wurde auch das Arbeitsrecht reformiert. Gewerkschaften ganz allgemein stören den Arbeitsprozess, wurden bekämpft und haben in Kolumbien nur eine beschränkte Bedeutung. Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung arbeitet im informellen Sektor. Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen wurde unter Uribe das Arbeitsrecht „flexibilisiert“. Für Überstunden gibt es keinen Bonus, auch nicht an Feiertagen. Überstunden zu leisten ist verpflichtend, wenn es die Firma benötigt. Man sieht Leute die täglich 12 Stunden durcharbeiten. Viele Leute bangen zu Jahresende ob ihr Vertrag verlängert wird. Es meldet sich kaum jemand krank, da sich jeder um seinen Arbeitsplatz sorgt. Viele Leute arbeiten mit wiederholten Kurzverträgen, ohne rechtlichen Schutz, auch für den Staat. Die Dienstnehmer sind immer pünktlich.

*In Venezuela haben zu Weihnachten traditonell viele Unternehmen kollektive Ferien, weil sie in dieser Zeit ohnehin kaum funktionieren können wegen des Absentismus. In Kolumbien gibt es im Arbeitsbereich kaum eine Unterbrechung, alles funktioniert normal weiter.*

Unter Uribe wurde auch das Wörterbuch um einige spanische Begriffe bereichert, die man in Google finden kann:

**FALSO POSITIVO**: um die Effizienz zu steigern bekamen die Soldaten ein Kopfgeld für jeden ermordeten Guerillero. Da wurden auch unbescholtene Campesinos als Guerilleros verkleidet und gruppenweise erschossen, um das Kopfgeld zu kassieren. Das Problem war nicht nur dass es zu solchen Exzessen kam, sondern dass die Öffentlichkeit davon wusste aber die Regierung nicht entscheidend dagegen vorging!

**CARTEL DE LA TOGA** ist ebenfalls ein Begriff den man in Wikipedia findet. „Cartel de la droga“ heisst Rauschgiftkartell. In Analogie dazu entstand in Kolumbien der Begriff „cartel de la toga“, mit Anspielung auf die Magistratentoga im obersten Gerichtshof, wo 2017 grobe Missstände aufgedeckt wurden. Mehr dazu in Wikipedia (auf Spanisch).

**YIDISPOLÍTICA** findet man ebenfalls in Wikipedia:

Hier in Südamerika lernte ich den Unterschied zwischen PROZESSWAHRHEIT und TATSÄCHLICHER WAHRHEIT kennen, den die Juristen machen. Die Prozesswahrheit beruht auf der Information, welche das Gericht zur Zeit des Prozesses hat, und diese kann halt unvollständig und gelegentlich auch falsch sein. Und da kommt es zu Extremen: gegen Uribe etwa gab es schon etliche Prozesse, bei denen es um Situationen geht, die öffentlich bekannt sind, nur das Gericht kann halt nichts finden. Oder auch der Angeklagte wird auf Grund von Formfehlern ohne Urteilsspruch freigelassen. Ja, es gibt auch wichtige Zeugen, welche knapp vor ihrer Aussage eines natürlichen Todes sterben, oder auch Selbstmord begehen.

Da die Prozesswahrheit gelegentlich ganz offen der tatsächlichen Wahrheit widerspricht, bezeichnet man die Justiz allüberall als eine blinde Dame. Und in dieser Hinsicht ist der Fall Yidis Medina einfach unübertroffen.

In Kolumbien war keine Wiederwahl als Präsident erlaubt, und darum wollte Uribe die Verfassung ändern, wozu ihm eine Stimme fehlte. Yidis Medina, eine Supplentin im Kongress, hatte sich strikt gegen die Wiederwahl ausgesprochen, stimmte aber dann ganz überraschend dafür und ermöglichte somit die Wiederwahl von Uribe als Präsident für die Jahre 2006-2010. Zwei Jahre später erklärte Yidis vor Journalisten sie sei von den Uribisten bestochen worden, diese hätten aber dann ihr Versprechen nicht gehalten. Der Fall kam bis zum obersten Gerichtshof und Yidis wurde zu mehr als zwei Jahren Hausarrest verurteilt, weil sie ja ihre Stimme verkauft hatte. Und wer stand hinter der Betechung? Auch Uribe hatte versucht Yidis zu überzeugen, stellte aber bei seiner Erklärung klar *"El Gobierno Nacional persuade; no presiona ni compra conciencias"*, die Regierung überredet, übt aber keinen Druck aus und kauft keine Gewissen. Uribe ist halt eine öffentlich bekannte Persönlichkeit, und auch was er von Druck hält ist allgemein bekannt: Aber die von Yidis direkt belasteten Uribisten stritten alles ab und die Justiz konnte somit keinen überzeugenden Beweis finden. Eine Bestechung und ein Kauf ist eine Verabredung, die nur möglich ist, wenn es zwei Partner gibt. Dabei ist meist jener, der besticht, der stärkere Partner, der oft auch Druck ausübt. Klar sichtbar wird das etwa wenn eine Person dutzende Wähler besticht, was in Kolumbien regelmäßig vorkommt: wer ist der Hauptschuldige? Aber im famosen Fall Yidis gibt es eine doppelte Gerichtswahrheit, etwas das logisch unmöglich scheint: sie wird verurteilt, weil ihre Bestechung für das Bericht bewiesen ist. Aber die Gegenseite bleibt unbehelligt weil für ebendiese Bestechung kein Beweis vorliegt. In diesem Fall widerspricht die Gerichtswahrheit nicht nur der allgemein bekannten Tatsache, sondern sogar sich selbst. Sachen gibt es!

Uribe selbst reagierte aggressiv gegen den Obersten Gerichtshof und behauptete einige der Richter seien Komplizen extremistischer terroristischer Gruppen von rechts und links. Ebenso versprach er ein Referendum um die Wahlen des Jahres 2006 zu wiederholen um sein Mandat zu legitimieren. Dieses Versprechen aber hat er dann einfach vergessen.

*Auf diesen sensationellen Fall aus dem Jahre 2008 kann ich mich noch gut erinnern und ich habe ihn oft zitiert, aber die Details dazu sowie auch andere Daten für diesen Bericht habe ich in Wikipedia nachgelesen. Ich muss darauf hinweisen, da es sich um recht heikle Informationen handelt.*

DERZEIT VOR GERICHT

Der Fall Yidis ist aus dem Jahre 2008, aber das Tauziehen zwischen Justiz und Korruption in Kolumbien ist endlos, hier zwei aktuelle Fälle:

Ivan Cepeda, Senator und Verteidiger der Menschenrechte, wurde von Uribe wegen falscher Anschuldigungen angeklagt. Das Gericht drehte aber überraschend die Anklage um: der Anwalt von Uribe hätte die Zeugen bestochen welche er gegen Cepeda präsentierte.

Ein Prozess kann mit einem Schuldspruch enden, einem Freispruch, oder wegen irgendeines formalen Fehlers eingestellt werden. Letzteres feiert der Angeklagte natürlich immer als ob es ein Freispruch wäre. Ein beliebter „Fehler“ ist „*vencimiento de términos*“, der Prozess dauert länger als erlaubt. In diesem Prozess wurden Verhöre vor Gericht bereits mit so schwerwiegenden Argumenten verschoben wie ein Termin beim Zahnarzt oder einem Durchfall. Der Coronavirus kommt sehr gelegen, da er ebenfalls die Gerichtstätigkeit verzögert. Der Anwalt wurde außerdem aus der Haft in den Hausarrest entlassen. Für das Gericht sind laut Norm jene Fälle dringlicher, wo der Angeklagte in Haft sitzt. Ein weiterer Schachzug um diesen Prozess zu verzögern?

Der neueste Fall vor Gericht: Bestechung von Wählern bei der Wahl des derzeitigen Präsidenten Ivan Duque. Solche Bestechungen gehören in bestimmten Gegenden zur Tagesordnung. Als Beweis tauchten jüngst Telefongespräche auf zwischen einer guten Bekannten von Duque und einem Rauschgifthändler. Deren Echtheit wird natürlich in Frage gestellt. Auch Uribe wird wohl als Zeuge aussagen. Wie wird dieser Fall enden?

FRIEDENSPROZESS

Präsident Juan Manuel SANTOS, Nachfolger von Uribe, verhandelte vier Jahre lang in einem mühsamen Friedensprozess bis zu einem erfolgreichen Abkommen mit der FARC Guerilla im August 2016.

Die Uribisten versuchten soweit sie konnten diesen Prozess zu sabotieren, und deshalb sind im Abkommen auch Klauseln vorgesehen, welche eine Kündigung des Abkommens unmöglich machen sollen.

Nicht alle Guerilleros akzeptierten den Friedensprozess, einige dissidente Splittergruppen agieren weiterhin im Rauschgifthandel.

Der Friedensprozess wird von einer Kommission der UNO überwacht, es wurde eine eigene Friedensjustiz geschaffen (JEP), ehemalige Guerilleros wurden in eigenen Dörfern angesiedelt und bekamen eine Starthilfe für ihren neuen Lebensabschnitt, eine Landreform soll die Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung ermöglichen und die neu gegründete Partei FARC bekam einige Sitze im Kongress.

Aber die derzeitige Regierung unter Duque verzögert diverse Maßnahmen, vor allem die Landreform. Neue Besitzer müssten ja Grundstücke zurückgeben, die sie unrechtmäßig besetzt haben.

Und das Morden geht weiter. Bewohner von Dörfern, die von der Kokainpflanzung auf ander Produkte umsteigen, werden regelmäßig ermordet, da sie ja den Rauschgifthandel behindern. In Dörfern, wo ehemalige FARC Guerilleros wohnen tauchen Motorräder auf, der Beifahrer gibt ein paar tödliche Schüsse ab, und weg sind sie wieder. Und lokale Anführer, welche sich für die Interessen ihrer Gemeinde einsetzen, werden von Sicarios ermordet, das sind Mörder gegen Sold. Täter sind Guerilleros, Rauschgifthändler, Paramilitärs. Dabei gibt es natürlich auch Rivalitäten zwischen den Gruppen, bei denen die Dorfbewohner aufgerieben werden. Fast täglich hört man von einem neuen Mord, alles ist unübersichtlich, und die Regierung sieht praktisch tatenlos zu. Dieses Jahr sind es bereits hunderte Opfer

Dazu kommen Waldbrände in geschützten Zonen, die es Großgrundbesitzern ermöglichen, ihre Besitzungen auszudehnen. Was soll man denn sonst machen, diese Wälder sind eh schon verloren, so einfach ist das.

Verwirrend ist die Rolle von Iván Márquez (eigentlicher Name Luciano Marín Arango). Als FARC-Guerillero war er Chefunterhändler bei den Friedensverhandlungen und machte einen seriösen Eindruck. Aber nach dem Friedensschluss verstrickte er sich weiterhin in Rauschgifthandel und schloss sich im August 2019 den dissidenten FARC-Guerrillos an. Er beklagt natürlich den Verrat der Regierung am Friedensprozess, wofür er tatsächlich einige Argumente anführen kann.

Kolumbien und Venezuela haben eine hunderte Kilometer lange Grenze, und sowohl dissidente Gruppen der FARC als auch vor allem die kleinere ELN Guerilla haben sichere Stützpunkte in Venezuela, von wo aus sie sowohl gegen Kolumbien als auch als Hilfe für die Regierung zur Unterdrückung der venezolanischen Bevölkerung agieren. Und ihr Geschäft ist der Rauschgifthandel, bei dem sie mit anderen Gruppen rivalisieren.

Duque übergab vor kurzem in der UNO einen Bericht über die Tätigkeit der kolumbianischen Guerilla in Venezuela. Und dieser Bericht zeigte angebliche Bilder aus Venezuela, die aber aus Kolumbien stammten und bereits vor mehreren Jahren veröffentlicht worden waren. Peinlich, peinlich, ein sehr dummer Fehler, wo es doch in den Medien jede Menge echter und aktueller Bilder aus Venezuela gibt!

IVAN DUQE

Ivan Duque ist seit August 2018 Präsident von Kolumbien. Als Kandidat zeigte er sich eher gütig und versöhnlich, wird aber von vielen als Marionette von Uribe angesehen, der derzeit im Senat sitzt und nach wie vor die graue Eminenz in der kolumbianischen Regierungspolitik ist. Duque bezeichnete einmal Uribe als den „ewigen Präsidenten unseres Affekts“, das klingt recht klar.

PROTESTE: „Net amoi ignoriern“

Gegen Jahresende kam es auch in Kolumbien zu Protesten. Gründe gab es reichlich: hunderte Morde an kommunalen Anführern; eine geplante Justizreform mit schönen Begründungen, wohl aber um unbequeme Richter auszubooten; eine Steuerreform, wohl um Steuern zu erhöhen; Beginn des Frackings; eine Reform des Arbeitsrechts. Ein Beispiel wie das aussieht: um neue Arbeitsplätze zu schaffen sollten Jugendliche nur 75% des Mindestlohns erhalten. Sie sollten also ausgebeutet werden, aber das wird als Maßnahme zu ihren Gunsten dargestellt. Obwohl das alles belegbar war, wurden natürlich all diese Pläne abgestritten.

Die Teilnahme der Bevölkerung bei den Demonstrationen war landesweit überwältigend, viele organisierte Sektoren schlossen sich an. Am ersten Tag gab es in Bogotá Vandalismus (zweifelhaften Ursprungs), die Proteste konnten somit von der Regierung als kriminell abgetan werden. Aber die Organisatoren reagierten geschickt, die Proteste gingen weiter ohne größere Zwischenfälle. In einigen Fällen schritten die Protestierenden selbst ein gegen Störungen, was man natürlich im Fernsehen sah und eine positive Reaktion verursachte.

Duque argumentierte, dass er mit Millionen Stimmen gewählt worden sei und die Demonstranten viel weniger seien und somit kein Recht hätten, die Erfüllung seines Regierungsprogramms zu verhindern. Duque lud zu *conversatorios* ein, zu Gesprächen ohne Kompromissbereitschaft. Ganz im Stil von Maduro suchte er sich seine „Gesprächspartner“ selbst aus, und es ging nicht um die Anliegen der Demonstranten. Statt mit ihren Vertretern begann er mit dem Wirtschaftssektor! Gleichzeitig wurde versucht die Demonstranten zu diskreditieren.

Die Pläne gegen welche die Demonstranten protestierten wurden abgestritten, aber gleichzeitig wurden sofort unbeirrt einige der Maßnahmen getroffen, gegen welche sich die Protestierenden gestellt hatten, so etwa wurden die Autorisierung für die ersten Projekte von Fracking feierlich unterschrieben.

EIN HEIKLES GLEICHGEWICHT, ABER IMMER AN DER KIPPE

Beim Vorschlag einer Justizreform besteht der Hintergedanke unbequeme Richter los zu werden. In Venezuela erlangte Maduro mit diversen Verletzungen der Verfassung die völlige Kontrolle über den Obersten Gerichtshof, in diese Richtung gehen auch die Bestrebungen der Uribisten und ihrer Aliierten.

Es gibt auch einen umstrittenen Vorschlag, den Kongress zu reformieren, der aus 108 Senatoren und 172 Abgeordneten besteht. Das Grundeinkommen eines jeden Mitglieds des Kongresses entspricht 40,8 Mindesteinkommen (weitaus der höchste Wert in Lateinamerika; in den USA sind es rund 10,4) oder 14 mal das Pro Kopf Bruttonationalprodukt (im US-Senat 3,3). Dazu bekommen die Mitglieder eine Menge zusätzlicher Zahlungen. Der Vorschlag eines Senators, dieses Einkommen um 20% zu reduzieren wurde energisch zurückgewiesen. Bei der geplanten Reform geht es angeblich darum, die Mitgliedszahl aus Einsparungsgründen zu reduzieren, aber der Hintergedanke ist die Opposition zu schwächen und womöglich die paar Mitglieder der neuen FARC-Partei auszubooten.

Während der Regierung von Uribe saßen dutzende Kongressmitglieder in Haft, und gegen etliche weitere liefen Prozesse. Aber am Ende ändert sich immer nur wenig. Es gibt tapfere Leute, auch Parlamentarier und Richter, welche sich gegen die Linie der Korruption einsetzen, aber es ist ein heikles Gleichgewicht und man weiß nie, wer die Oberhand gewinnen wird.

KOMMUNALWAHLEN

Gegen Jahresende gab es Kommunalwahlen, es wurden Gobernadores und Bürgermeister gewählt, und gegen die Prognosen gab es im ganzen Land überraschende und unerwartete Ergebnisse.

Die Senatorin Claudia López, Doktorin in Politwissenschaften und bekannt als harte Denunziantin von Missständen, gewann mit Abstand die Bürgermeisterei von Bogotá. Sie umgab sich mit Fachleuten und ihr Start seit Jänner ist beachtlich, derzeit hat sie über 90% Popularität. Sie ist immer sachlich, gibt konkrete Antworten (zum Unterschied zu den Regierungsmitgliedern, die herumschwefeln und oft Ausreden präsentieren). Und sie versteht auch die armen Leute. Ihre Antwort an eine Reporterin, die sie zu Unruhen während der ersten Tage der Coronakrise befragte. Die Antwort von Claudia begann so: „Das waren keine Unruhen, die Leute haben Hunger, sind verzweifelt und haben das Recht zu protestieren.“ - und dann redete sie halt weiter über ihre politischen Maßnahmen.

Bürgermeister von Medellín, der zweitgrößten Stadt des Landes, wurde der politisch unabhängige Elektronikingenieur Daniel Quintero. In einem Interview nach seiner Wahl erzählt er aus seinem Leben. Als Bub verdiente er nach dem Tod seiner Mutter seinen Unterhalt als Straßenverkäufer, wo er einen selbstgemachten Kuchen anbot. Da in Kolumbien alle Universitäten zahlungspflichtig sind schmuggelte er sich später ohne Inskription in Vorlesungen, bis er auffiel und ein Stipendium bekam. Später gründete er eine Softwarefirma und absolvierte ein Post-Graduate Studium den USA.

Sowohl Claudia als auch Quintero zeichnen sich bisher durch ihre Initiativen aus. Zu Beginn der Coronakrise wurde in Bogotá ein Ausstellungszentrum sofort in ein Notspital umgebaut. Und der Elektronikingingenieur Quintero organisierte mit renommierten Firmen den Bau von Atmungsgeräten.

Auch in Cartagena besiegte William Dau über die mit Korruptionsvorwürfen belastete traditionelle Politikerklasse. Als unerfahrener Politiker, der nur auf wenige Gemeinderäte zählen kann, steht er bereits im Kreuzfeuer und wird es wohl schwer haben. In diesen Tagen schlichtete der Bischof einen Konflikt von Dau mit der Opposition, es wurde eine Art Waffenstillstand bis zum Ende des Coronavirus vereinbart. In einem Interview hörte ich die Version von Dau.

Auch in anderen Städten gab es Überraschungssiege, die Bevölkerung ist ernüchtert. Man kann nur hoffen, dass diese Neulinge durchhalten. Mehr als einmal hat sich schon jemand mit guten Absichten in den Netzen der Korruption verstrickt. Und das System kontrolliert so manche Hebel und hat langjährige Erfahrung mit den Gerichten.

CORONAKRISE

Bogotá ist von der Krise am stärksten betroffen. Die Sperre des internationalen Flughafens wurde um mindestens zwei Wochen verzögert. Reisende wurden zur Quarantäne verpflichtet, aber niemand überprüfte sie. Sie hielten sich nicht daran und steckten weitere Leute an. Nach der Version von Claudia war das ein Privileg für einige wenige zum Schaden der Bevölkerung. Auch sonst war Präsident Duque mehr um die Wirtschaft besorgt als um die sanitäre Situation. Für das Wochenende vom 20. März bis Montag 23. kündete dann Claudia die Simulation einer Quarantäne an, eine Art Probelauf um die Detailmaßnahmen abzustimmen. Es war eine gemeinsame Maßnahme mit dem Gobernador von Cundinamarca, dem Departamento rund um Bogotá. In einem Nachrichtenprogramm erfuhren wir dann die Reaktion des Präsidenten: Duque hätte ein Dekret erlassen, dass er die alleinige Autorität für Sanitätsmaßnahmen sei. Eine Ministerin erklärte direkt, die Massnahme der Bürgermeisterin sei illegal. Als nächstes erfuhren wir, dass sich 17 Gobernadores der Maßnahme von Claudia angeschlossen hatten. Und zum Schluss der Sendung kam eine Nachricht in einem ganz anderen Ton: das Dekret des Präsidenten sei eine Aufforderung, die Maßnahmen mit ihm zu koordinieren. Das sah ganz aus nach einem Telefonanruf des Präsidenten, er steckte zurück. Duque reagiert vorerst nicht, will aber dann seine Autorität gegenmüber der Initiative von Claudia beweisen, steckt aber gleich wieder zurück als er sieht, dass diese im ganzen Land nachgemacht wird.

Der Kongress beschloss einen Hilfsfond für Unternehmen, 80% des Betrags war für kleine Unternehmen bestimmt. Das Geld wurde an Banken überwiesen, und diese vergaben Kredite: 92% an Großunternehmen, 6% an mittlere und 2% an kleine Unternehmen. Immer dieselbe Geschichte. Es gäbe natürlich effektivere Mechanismen, ohne Kommissionen für die Banken, aber Privilegien werden halt respektiert. Jetzt wird an einem zusätzlichen Fonds für kleine Unternehmer gebastelt. Die öffentliche Meinung zwingt das System zu einer Reaktion.

Das Spiel geht weiter. Der Präsident kündete für den 27. April die Wiederaufnahme der Aktivitäten für die Sektoren Konstruktion und Textil an. Aber im Dekret scheint eine viel weitere Liste von Unternehmen auf, Lobbies haben sich mobilisiert. Claudia, die Bürgermeisterin von Bogotá, arbeitet eng mit einem Expertenteam, öffentlich transparent in Internet Daten mit Erläuterungen, und entschied für einen vorsichtigen, schrittweisen Anlauf. Ebenso veröffentlicht sie ein Protokoll, welches die Unternehmen vor der Wiederaufnahme der Tätigkeit vorlegen und dann einhalten müssen. Und es werden klare Bedingungen veröffentlicht für eventuelle neuerliche Beschränkungen falls bestimmte Werte der Pandemie überschritten werden. Diese Beschränkung hat sie mit Duque koordiniert.

Auch viele Gobernadores haben zusätzliche Maßnahmen zu den von Duque dekretierten Beschränkungen durchgesetzt. Claudia ist wegen ihrer Beliebtheit ein Dorn im Auge von Duque, und sie hate einen legalen Vorteil: die Hauptstadt Bogotá hat ein Sonderstatut und weitgehendere Rechte als die Gobernadores. Duque präsentiert sich jetzt täglich im Fernsehen, damit stieg er in den Meinungsumfragen, liegt aber dennoch weiterhin distanziert hinter den wichtigsten Gobernadores.

Etliche Unternehmen stellten ihre Produktion um für den Bedarf der Krise. Ein Textilbetrieb in einem der neuen Dörfer der ehemaligen FARC-Guerilleros etwa produziert Gesichtsmasken. Erfreulich sowas zu sehen, es zeigt die positiven Seiten des Friedensprozesses, der ohnehin von der Bevölkerung positiv gewertet wird – nur halt nicht von der derzeitigen Regierung.

Die Hälfte der Bevölkerung ist im informellen Sektor beschäftigt und steht ohne Einkommen da. Für sie gibt es so gut es geht Schutzmassnahmen: Mieter dürfen nicht gekündigt werden, auch wenn sie nicht bezahlen; Zahlungen für Licht, Wasser etc. werden gestundet. Im ganzen Land gibt es offizielle Hilfsaktionen mit Lebensmitteln für die ärmere Bevölkerung.

Schnelle Entscheidungen sind nötig, eine Gelegenheit für die Korruption. Lebensmittelpreise sind bis jetzt stabil, aber laut Erhebungen der Procuraduría haben viele Gobernadores und Bürgermeister überhöhte Preise gezahlt, die Hälfte mehr als den Marktpreis oder auch das Doppelte. Überprüfungen, die früher umständlich waren, werden von der Procuraduría über Internet fast im Moment durchgeführt, und die Information in den Medien publiziert. Extremfälle gab es beim Militär, und das in verschiedenen Teilen des Landes. Für eine Dose Thunfisch etwa wurden 20 000 Pesos verrechnet, bei einem Marktpreis von 4000. Zuerst wurde dem Procurador weitere Information verweigert, da es sich um vertrauliche Information handle. Aber die Medien informierten breit drüber, und der Verteidigungsminister erklärte daraufhin er würde alle Information zur Verfügung stellen, es gab auch bereits Absetzungen einiger Verantwortlicher.

Es gibt Leute, die sich tapfer gegen die Korruption einsetzen, oft mit hohem Risiko, aber es kommt halt immer nur zu Teilergebnissen.

Das Gesundheitssystem in Kolumbien funktioniert relativ gut, zumindest in den Städten. Ein großer Teil wurde privatisiert, und im privaten Sektor gibt es viel mehr Mängel wegen der Korruption, das wäre ein eigenes Thema. Im Kampf gegen den Virus werden dramatische Mängel sichtbar. Ärzte und Pfleger die erkranken, weil sie nicht den nötigen Schutz haben. Personal ohne feste Anstellung, nur mit einem zeitlich begrenzten Vertrag, und somit geringerer Bezahlung und beschränktem rechtlichen Schutz, auch ohne Versicherung. Reklamen wurden zumindest anfangs einfach ignoriert. Auf das Ansuchen um eine Prämie wegen des Risikos bekamen sie zur Antwort das wäre eine Diskriminierung anderer Bevölkerungsteile. Auch in Kolumbien bekommt normalerweise eine bessere Bezahlung wer eine riskante Arbeit ausführt. Aber dumme und ausweichende Antworten ist man von der Regierung gewöhnt.

*Der Konflikt Gesundheitsvorsorge-Wirtschaft stellt sich in jedem Land, und wird auf sehr verschiedene Weise gehandhabt. In den USA etwa wird die Fleisch- und Geflügelproduk-tion in Betrieben, die wegen Todesfällen gesperrt wurden, auf Anweisung von Trump wieder aufgenommen. Gewerkschaften werden gerichtlich belangt, weil sie „interne Daten“ der Firmen veröffentlicht haben. Trump gibt den Unternehmern Garantien, damit sie nicht von Arbeitern oder ihren Angehörigen geklagt werden können wegen Erkrankung oder Tod! Unternehmer argumentieren als Ausrede dass ein Arbeiter trotz negativem Test krank sein kann (was in einem kleinen Prozentsatz stimmt), und deshalb Tests keinen Sinn haben und unnötig sind! Vergangenen September wurden die Geschwindigkeitsbeschränkungen für Produktionsketten aufgehoben, die Fabriken können sie erhöhen soweit sie wollen oder können. (Diese wurden in der Vergangenheit eingeführt wegen der hohen Anzahl von oft schweren Verletzungen, die gerne vertuscht werden und für die es kaum Entschädigungen gibt). NYTimes 29-4-2020*

*Trotz politischer Spannungen und Interessenkonflikten wird die Krise in Kolumbien relativ gut gehandhabt und die Situation ist einigermaßen unter Kontrolle, mit Ausnahmen wie etwa der dramatischen Situation in den Gefängnissen (welche unter Kontrolle der Zentralregierung stehen) mit Hunderten Erkranken und auch Toten. Auch im Vergleich zu anderen Ländern steht Kolumbien recht gut da.*

DIE ANGST SITZT IN DEN KNOCHEN

Als ich im Jahre 1973 nach Venezuela kam sah ich mit Verwunderung, wie die Leute kaum reagierten als Studenten Autoreifen auf einer Durchzugsstraße verbrannten, während ich mich gleich beängstigt und nervös wurde. Vom Krieg her hatten meine Eltern noch Angst vor Unruhen, und diese Angst hatte wohl auch ich geerbt.

Als ich einmal mittags mit einem chilenischen Kollegen aus dem IUT ging und wir zwischen brennenden Autoreifen die Straße überquerten wunderte sich mein Kollege über meine Ruhe. Die Protestierenden hatten sich zurückgezogen und waren in die Mensa gegangen, es standen nur ein paar Studenten herum, und ein jeder kennt micht. Warum sollte ich mich beunruhigen? Aber mein Kollege war während Pinochet nach Venezuela geflüchtet, auch ihm saß noch die Angst in den Knochen.

In Kolumbien gab es zur Zeit der stärksten Guerillakrise ständig Attentate in Einkaufszentren in Bogatá. Noch bis heute sieht man dort eine verstärkte Präsenz der Polizei. Und auch bei der Familie meiner Frau gibt es eine übertriebene Angst vor irgendeinem Überfall, wenn sie nach Bogotá fahren - derzeit sind es halt gewöhnliche Kriminelle. Paola, die Tochter meiner Frau, studierte Vermessungswesen. Bei einer Exkursion wurde ihre Gruppe von Studenten von Guerilleros aufgehalten. Sie erklärten ihre Situation und wurden nicht belästigt, aber in derartigen Situationen musste sich damals ein jeder auf eine Entführung oder auch den Tod einstellen. Sie brach daraufhin ihr Studium ab, und bis heute blieb sie von diesem Angsterlebnis belastet.

*Wilhelm Mindler, Bogotá, 1/5/2020*